



Einführung des Distanzelektroimpulsgerätes (DEIG) in fünf Polizeibehörden

In den Polizeibehörden Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen und Duisburg wird der Wachdienst nun flächendeckend mit dem DEIG ausgestattet. Der laufende Pilotversuch hat weiterhin Bestand und wird so auch in Gelsenkirchen und im Rhein-Erft-Kreis fortgeführt.

Nun kommt er also doch schneller als erwartet – der Wirkbetrieb der DEIG bei der Polizei NRW. Somit geht ein jahrzehntelanger Probebetrieb, der bei den Spezialeinheiten begann und im vergangenen Jahr erstmals auf operative Einheiten des Wachdienstes ausgedehnt wurde, zu Ende.

Zu eindeutig waren die positiven Eindrücke in den Pilotbehörden. Erheblich weniger tätliche Angriffe, regelmäßig nach Androhung beendete Widerstandshandlungen und nur wenige Schussabgaben. Alle Erwartungen, die durch die DPoIG NRW seit inzwischen elf Jahren vorhergesagt wurden, konnten durch das Pilotprojekt bestätigt werden. Daher brauchte es keine weiteren Quartalsberichte, um dem Minister des Innern deutlich vor Augen zu führen, dass es für die Alltagsorganisation der Polizei NRW unbedingt diese zusätzliche Distanzwaffe braucht.

DPoIG ist Urheber der Forderung nach Einführung der DEIG und stand jahrelang allein auf weiter Flur

Wie bereits erwähnt, vertritt die DPoIG NRW seit nunmehr elf Jahren die Position, dass DEIG zur Ausstattung des Wachdienstes zählen müssen. Da aufgrund der langen Zeit zahlreiche Kolleginnen und Kollegen die Entwicklung hinsichtlich dieser Thematik nicht kennen, werden an dieser Stelle wichtige Etappen nochmals skizziert.

Alles begann auf dem Landeskongress der DPoIG NRW im März des Jahres 2010 in Köln. Erich Rettinghaus war gerade durch die Delegierten erstmals zum Landesvorsitzenden der DPoIG NRW gewählt worden und präsentierte sogleich der Öffentlichkeit eine auf dem Kongress verabschiedete zentrale Forderung der DPoIG NRW: die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten für den Wachdienst der Polizei NRW.

Die Veröffentlichung erfolgte aber nicht in Form einer Pressemitteilung. Stattdessen nutzte Erich Rettinghaus hierfür eine Plattform, welche durch die Dramaturgie des Landeskongresses selbst eröffnet wurde. Denn zum Abschluss war eine große Öffentlichkeitsveranstaltung mit einer Podiumsdiskussion geplant, an welcher alle innenpolitischen Sprecher der

Landtagsfraktionen teilnehmen sollten.

Klare Ablehnung durch Vertreter der Parteien – nur CDU zeigte sich Gesprächsbereit

So wurden die geladenen Landtagsabgeordneten sogleich mit der Forderung der Gewerkschaft konfrontiert. Außer Theo Kruse (CDU), der sich bereit erklärte, mit seiner Fraktion darüber zu diskutieren, äußerten die Vertreter von SPD, Grünen und FDP eine klare Ablehnung.

Horst Engel (FDP) machte deutlich, dass aus der Sicht seiner Partei eine fundierte Aus- und Fortbildung statt Aufrüstung der richtige Weg sei. Dies findet an dieser Stelle Erwähnung, weil die FDP in der weiteren Entwicklung noch eine zentrale Rolle spielen sollte.

Noch im selben Jahr verloren CDU und FDP ihre Mehrheit im Landtag und SPD sowie Grüne bildeten zunächst eine Minderheitsregierung, die dann nach Neuwahlen im Jahr 2012 in eine Regierung mit eigener Mehrheit überführt wurde.

Auch die innenpolitischen Sprecher der Fraktionen wechselten – was aber blieb, war die ablehnende Haltung zur nach wie vor bestehenden Forderung der DPoIG NRW.

Aber nicht nur die Fraktionen im Landtag lehnten eine flä-



© DPoIG NRW

Erich Rettinghaus begleitet die Forderung zur Einführung der DEIG seit dem ersten Tag und setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass alle Kreispolizeibehörden ausgestattet werden.

chendeckende Einführung der DEIG ab. Auch die GdP NRW äußerte sich ablehnend.

Stimmung im Land kippte

Erich Rettinghaus ließ in den Folgejahren nichts unversucht, um der Forderung seiner Gewerkschaft doch zum Durchbruch zu verhelfen. Die DPoIG hatte gute Gründe hierfür, denn seinerzeit entwickelte sich die Zahl der Widerstände sowie tätlichen Angriffe auf Vollzugskräfte gerade exponentiell nach oben. Bei vielen der Übergriffe erlitten die betroffenen Kolleginnen und Kollegen schwere Verletzungen.

Vor diesem Hintergrund zeigte sich die FDP-Fraktion mit ihrem innenpolitischen Sprecher Marc Lürbke im Jahr 2016 offen, sich dem Thema neu zu nähern.

Am Ende des gleichen Jahres stellte die FDP dann einen Antrag zur Durchführung eines Pilotprojektes zur Einführung der DEIG.

Impressum:

Redaktion:
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)
Tel.: 0163.1597230
E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de
Landesgeschäftsstelle:
Graf-Adolf-Platz 6
40213 Düsseldorf
Tel.: 0211.93368667
Fax: 0211.93368679
Internet: www.dpolg-nrw.de
ISSN 0723-1822

Eine Sachverständigenanhörung zum Antrag fand im Februar 2017 im Innenausschuss des Landtages unter Beteiligung der DPoIG NRW statt. Im Anschluss an die Anhörung sicherte die CDU-Fraktion ihre Unterstützung für den Antrag der FDP zu. Dennoch wurde der Antrag mehrheitlich durch die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

► Forderung der DPoIG wird Bestandteil des Koalitionsvertrages

Die Wahlen im Mai 2017 führten zu einer Mehrheit von CDU und FDP. Die Parteien einigten sich bald darauf zur Bildung einer Koalition. Im Rahmen der Verhandlungen nahmen die beiden Partner zahlreiche Forderungen der DPoIG NRW in ihrem Koalitionsvertrag auf – so auch die Forderung nach Einführung der DEIG.

Im Jahr 2018 wurde das Polizeigesetz NRW mit den Stimmen von CDU, FDP und der oppositionellen SPD umfangreich novelliert. Hierbei wurden die DEIG im § 58 PoIG NRW als zugelassene Waffen aufgenommen.



© Eduard N. Fiegel

Dennoch dauerte es noch bis zum Beginn des Jahres 2021 bis das Projekt zur Durchführung eines Probebetriebs gestartet wurde.

► Entscheidung über Wirkbetrieb sollte erst nach Abschluss des Pilotprojektes fallen

Eigentlich sollte ja erst nach dem Ende des Pilotprojektes für den Wachdienst im kommenden Jahr darüber entschieden werden, ob die DEIG flächendeckend eingeführt werden.

Aber halt – bedeutet der Übergang in den Wirkbetrieb tat-

► Die DEIG haben sich im Probebetrieb bewährt, sodass bereits vor Abschluss des Projektes entschieden wurde, die Distanzelektroimpulsgeräte in weiteren Behörden einzusetzen.

sächlich, dass die DEIG nun flächendeckend im Land NRW eingeführt werden?

Vorerst nicht und zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann auch niemand sagen, ob es zu einer flächendeckenden Einführung kommen wird. Schließlich weiß niemand, wie sich die Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl im Mai des kommenden Jahres darstellen werden.

Fakt ist jedenfalls, dass die Grünen NRW bis heute bekennende Gegner der Distanzelektroimpulsgeräte sind. Die Tatsache, dass ihre Parteifreunde in Rheinland-Pfalz ausgezeichnete Erfahrungen mit den Waffen gemacht haben, hat bislang keinerlei Einfluss auf die Haltung der Grünen hierzulande. Bei einer Beteiligung der Grünen an einer zukünftigen Landesregierung, könnte die Partei mit einem Veto für den

Stopp der Ausweitung des Wirkbetriebs sorgen.

Es kann also sein, dass der Wirkbetrieb durchaus für lange Zeit auf die jetzt ausgewählten Behörden beschränkt bleibt.

► Landesvorsitzender zeigt sich kämpferisch

Der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus stellt heraus: „Wir begrüßen die Einführung des DEIG in den fünf Polizeibehörden. Allerdings drängen wir nun weiter massiv auf eine flächendeckende Einführung in allen Polizeibehörden. Irgendwann ist auch mal ein Pilotversuch am Ende und die bisherigen Ergebnisse sprechen für eine zeitnahe flächendeckende Einführung des DEIG in Nordrhein-Westfalen. Wir werden nicht hinnehmen, dass in den Kreispolizeibehörden dauerhaft unterschiedliche Voraussetzungen bestehen. Die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen ist für die DPoIG das höchste Gut. Daher werden wir in unseren Bemühungen für einen flächendeckenden Roll-out der DEIG nicht nachlassen.“

Bericht aus dem Landtag

Antrag „Unserer Kriminalpolizei den Rücken stärken – Belastungssituation, Organisation und Strukturen überprüfen“

Von Dr. Christos Katzidis MdL

Die Fraktionen von CDU und FDP stellten am 28. September 2021 den Antrag „Unserer Kriminalpolizei den Rücken stärken – Belastungssituation, Organisation und Strukturen überprüfen“. In dem Antrag erklären die beiden Regierungs-

fraktionen, dass die innere Sicherheit auch vier Jahre nach Übernahme der Regierungsverantwortung nach wie vor Priorität für sie hat. Um der Bedeutung Ausdruck zu verleihen, muss nach Auffassung von CDU und FDP insbesondere die

Ausstattung der Polizei in finanzieller, materieller und personeller Hinsicht im Blickpunkt des Handelns stehen. Dass sie diesem Anspruch aus ihrer Sicht auch gerecht geworden sind, unterstreichen die Partner, indem sie zu Beginn des Antrags auf die veränderte Personalpolitik hinweisen. Wurden im Jahr 2010 noch 1 100

Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt, beträgt die Zahl im Jahr 2020 bereits 2 650.

Dennoch stellen die Vertreter der beiden Fraktionen fest, dass die Belastungssituation in vielen Bereichen der Polizei NRW nach wie vor hoch ist. Insbesondere gelte dies für die Kriminalpolizei. Daher müsse



die tatsächliche Belastungssituation sowie die Strukturen und Organisation der Kriminalpolizei gezielt in den Blick genommen werden.

Konkret wird im Antrag darauf hingewiesen, dass sich die polizeiliche Arbeit, insbesondere der Kriminalpolizei in den letzten Jahren deutlich verändert hat. Neben neuen und zusätzlichen Befugnissen im Polizeigesetz sowie gestiegenen justiziellen Anforderungen, wirkte sich insbesondere die Digitalisierung auf die Arbeit der Ermittlungsbehörden aus. Neue Tatbegehungsformen, Kriminalitätsphänomene und Täterkommunikationswege machen aus Sicht der Koalitionäre deutlich, dass die Arbeit einem erheblichen Wandel unterworfen ist. Daneben wurden der Kriminalpolizei in den letzten Jahren zahlreiche Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr übertragen. Insbesondere Gefährdungsanalysen, die aufwendigen Beurteilungen der Gefährdungslage und Gefährderansprachen werden im Antrag genannt.

■ Auftrag an die Landesregierung

Um den dargestellten Entwicklungen und Problemen zu begegnen, wollen CDU und FDP erforschen lassen, wie sich die Belastungssituation der Polizei darstellt. Hierzu sollen auch die unterschiedlichen Behördentypen sowie die unterschiedlichen Direktionen betrachtet werden. Daneben soll auch ein Blick auf die Besolungsstruktur in verschiedenen Verwendungen und insbesondere auch die Polizeizulage im Vergleich zu anderen Bundesländern betrachtet werden.

Um der Überalterung sowie dem Verlust von Erfahrungswissen vorzubeugen, sollen zukünftig mindestens 10 Prozent der neuen Kommissarin-



© Dr. Christos Katzidis

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion erläutert den Antrag von CDU und FDP zur Stärkung der Kriminalpolizei

nen und Kommissare direkt nach dem Studium in der Kriminalpolizei eingesetzt werden.

Dazu soll mehr Werbung für das Programm „Spezialisten“ gemacht werden. Das Programm eröffnet Absolventen mit Vorerfahrungen unter anderem in technischen Berufen sowie im Bankgewerbe die Möglichkeit, unmittelbar nach dem Studium in die Direktion K zu wechseln.

Daneben sollen bereits im kommenden Jahr zusätzliche Stellen für Regierungsbeschäftigte vorrangig für spezialisierte Bereiche wie Finanzermittlungen vorgesehen werden.

Der Antrag wurde am 7. Oktober 2021 im Anschluss an eine Plenardebatte mit den Stimmen von CDU und FDP sowie zwei fraktionslosen Abgeordneten bei Gegenstimmen der Fraktion der Grünen und Enthaltungen der Fraktionen von SPD und AfD verabschiedet.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Christos Katzidis, erläuterte nachfolgend die Entstehungsgeschichte sowie die Hinter-

gründe für die inhaltliche Ausrichtung des Antrages.

■ 1. Genese des Antrages

Der Antrag „Unserer Kriminalpolizei den Rücken stärken – Belastungssituation, Organisation und Strukturen überprüfen“, DSNR 17/15263 geht zurück auf einen Antrag der SPD-Fraktion vom 5. Februar 2021 mit dem Titel „Kriminalpolizei am Limit – welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit der Polizei?“.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde am 11. März im Innenausschuss diskutiert und die SPD-Fraktion hat im Zusammenhang mit der Diskussion dazu eine Anhörung beantragt. Die Anhörung fand am 24. Juni statt. Folgende Sachverständige haben Stellungnahmen abgegeben beziehungsweise waren anwesend bei der Anhörung:

- Professor Dr. Stefan Kersting, HSPV NRW
- Dieter Schürmann, Ministerium des Innern des Landes NRW
- LKD Stephan Becker, PP Köln

- Erich Rettinghaus und Frank Mitschker, DPoIG
- Michael Mertens und Ertugrul Ulas, GdP
- Oliver Huth und Sebastian Fiedler, BdK

Folgende wesentliche Aussagen und Stellungnahmen haben die Sachverständigen vorgetragen:

Prof. Kersting von der Hochschule der Polizei und Verwaltung NRW hat auf die beträchtliche Zunahme digitaler Daten in Ermittlungsverfahren, die gestiegene Notwendigkeit der Beschaffung von Sachbeweisen und eine Zunahme der Aufgaben und Anforderungen an die Kriminalpolizei hingewiesen. Personal allein reicht aber seiner Meinung nicht, vielmehr bedarf es auch besserer Beförderungsmöglichkeiten und insbesondere einer Anreizstruktur, die fehlen. Die Arbeitsprozesse sollten einer wissenschaftlich fundierten Untersuchung unterzogen werden, da Anpassungen in den zentralen Arbeitsprozessen der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Kriminalpolizei seiner Auffassung nach gänzlich fehlen.

Herr Dieter Schürmann hat dargestellt, dass aus Sicht der Rückgang der erfassten Straftaten nicht die Belastungssituation widerspiegelt. Vielmehr haben sich Aufgaben- und Tätigkeitsspektrum sowie spezifische Personalbedarfe erheblich erweitert. Die rechtliche Komplexität polizeilicher Befugnisse und Maßnahmen hat erheblich zugenommen. Zudem wurden neue polizeirechtliche Befugnisse geschaffen, unter anderem zur strategischen Fahndung, Videobeobachtung, Telekommunikationsüberwachung sowie zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung und audiovisuellen Vernehmung. Der Bachelorstudiengang der Hochschule ➢



für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV) kann den gewachsenen Anforderungen der kriminalpolizeilichen Aufgabenerfüllung aus seiner Sicht nicht mehr genügen und bedarf der Reform. Die wesentlichen Inhalte der Einführungsfortbildungen sollten in den Studiengang aufgenommen werden. Der jährliche Nachersatzbedarf der Kriminalpolizei soll anteilig unmittelbar mit HSPV-Absolventen gedeckt werden.

Klaus-Stephan Becker, LKD PP Köln, hat dargestellt, dass die Kriminalpolizei seiner Meinung nach personell unterversorgt und die Altersstruktur problematisch sei. Zudem kritisierte er im besonderen Maße die Strukturen. Die Entwicklungen und Erweiterungen des kriminalpolizeilichen Aufgabenspektrums finden bei der Personalzumessung auf Grundlage der BKV nicht ausreichend Berücksichtigung; die Kriminalpolizei ist in der Folge personell unterversorgt. Problematisch ist zudem aus seiner Sicht, dass die nordrhein-westfälische Kriminalpolizei in der derzeitigen Organisationsform unter ihren Möglichkeiten bleibt und so nicht zukunftsfähig aufgestellt ist. Zum Erhalt einer handlungs- und leistungsfähigen Kriminalpolizei besteht mithin deutlicher Handlungsbedarf in personeller und organisatorischer Hinsicht. Er kritisierte zudem ebenfalls den Bachelorstudiengang.

Die DPoIG hat im Wesentlichen ausgeführt, dass die Anforderungen an kriminalpolizeiliche Arbeit sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht, insbesondere mit Blick auf die Beweisführung im Strafverfahren, kontinuierlich steigen. Hinzu kommen aus Sicht der DPoIG die Probleme mit ViVA, wobei die Belastung der Kriminalbeamtinnen und -beamten in der Sachbearbeitung weitaus mehr



© wal_172619/Pixabay

zeitliche Ressourcen in Anspruch nehmen als die Vorgangserstellung im Wach- und Wechseldienst, so die DPoIG. Die DPoIG fordert die Evaluation der Arbeitsprozesse, mehr Personal, eine bessere Sachausstattung, eine Ausweitung des Fortbildungsangebotes, eine flexible Möglichkeit durch Zulaugen im IT-Bereich bessere Leute zu gewinnen, eine bessere Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei, mehr Befugnisse und sie kritisiert das Beurteilungssystem. Im Hinblick auf den Studiengang sieht sie ebenfalls Handlungsbedarf, erteilt einem spezialisierten Bachelorstudiengang und einer frühen Spezialisierung aber eine Absage.

Die GdP hat in ihrer Stellungnahme im Wesentlichen ebenfalls die Punkte vorgetragen, die in der Stellungnahme der DPoIG zum Ausdruck gebracht wurden. Teilweise waren die Stellungnahmen sogar exakt wortgleich. Die GdP ist zudem noch auf weitere spezielle Problematiken eingegangen, wie NCMEC-Meldungen, dem Abbau von Mehrarbeit, Kripo-Zulage, den Einsatz von Tarifbeschäftigten, das Programm „Spezialisten zu Polizisten“, Forensik Desktop, Image der Kriminalpolizei und die politische Wertschätzung. Außerdem ist die GdP der Meinung, dass das Ausbildungsmodell, ViVA und

eine mindestens 12-wöchige theoretische Einführungsfortbildung alternativlos seien.

Angemessene Anreize und Beförderungsmöglichkeiten bestehen nach Auffassung der GdP nicht. Das grundsätzliche Vorhaben, die Direktion K zu verjüngen, begrüßt die GdP, betrachtet das Programm „Spezialisten zu Polizisten“ aber nur als vorübergehende Lösung.

Auch der BdK hat, wie die anderen beiden Gewerkschaften, auf die vielfältigen Aufgabensteigerungen und veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hingewiesen und dargestellt, wie insbesondere die Anforderun-

Vielfalt ihrer Aufgaben keine sachgerechte Dienst- und Fachaufsicht gewährleisten können, es kein vernünftiges Informationsmanagement gibt, den erhöhten Betreuungs-, Prüfungs- und Administrationsaufwand im Zusammenhang mit den höchsten Einstellungszahlen bei der Polizei NRW, den Administrationsaufwand von kriminalpolizeilichen Führungskräften bei der Fortbildungsplanung, das Fehlen von Standards für kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter oder deren Leiter, dass die aktuelle Personalzuweisung für kriminalpolizeiliche Aufgabenbereiche nicht dem Bedarf entspricht und die Bedarfe der Justiz nicht hinreichend bekannt sind.

2. Aktueller Überstundenstand

5 261 944 Stunden beträgt der aktuelle Überstundenstand, Überstunden und Mehrarbeit zusammengerechnet. Der Pro-Kopf-Stand schwankt zwischen 101 Stunden in den Direktionen Verkehr bis zu 151 Stunden in den Direktionen Kriminalpolizei. Gemäß Bericht des IM NRW vom 8. Juni 2021 stellt sich die Situation bei den Überstunden und der Mehrarbeit wie folgt dar:

Direktion	Mehrarbeit 1 909 772	Überstunden 3 352 172	Gesamt pro Kopf
ZA	42	74	116
GE	44	85	129
Verkehr	15	86	101
Kripo	72	79	151

> Aktueller Überstundenstand

gen an die kriminalpolizeiliche Arbeit zugenommen haben. Er kritisiert im besonderen Maße, dass die derzeit bestehenden Aus- und Fortbildungsabläufe den Bedarf an Grund- und Fachkompetenzen nur unzureichend erfüllen, Führungskräfte aufgrund der

3. Unser Anspruch und unser Ziel

Wir stehen für bessere Rahmenbedingungen bei der Polizei NRW, und zwar in allen Bereichen und nicht nur für einzelne Bereiche. Seit dem Jahr 2017 haben wir bereits



28 Wahlversprechen allein im Bereich der Inneren Sicherheit eingelöst und teilweise sogar übertroffen. Wir sorgen für mehr Personal. Wir sorgen für bessere Technik. Wir sorgen für eine bessere Ausstattung und bessere Einsatzmittel. Wir sorgen sukzessive für eine Sanierung der Liegenschaften.

Darüber hinaus haben wir sogar weitere Beschlüsse gefasst, die nicht im Koalitionsvertrag enthalten sind, wie zum Beispiel die Stärkung der kommunalen Sicherheitsverantwortung und die Erweiterung des Ordnungsbehördengesetzes.

Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus der Anhörung und der Stellungnahmen der

Sachverständigen war es uns wichtig, jetzt zu handeln, um die Situation bei der Kriminalpolizei kurzfristig zu verbessern und langfristig sachgerecht zu analysieren. Dazu gehört auch, die tatsächliche Belastungssituation sowie die Strukturen und Organisation der Kriminalpolizei gezielt in den Blick zu nehmen. Deshalb wollen wir einen Forschungsauftrag, parallel aber auch schon eine Verjüngung der Kriminalpolizei, um der hohen Altersstruktur entgegenzuwirken.

Uns war es wichtig, nicht das Studium zu verändern, sondern nur nach dem Studium dafür zu sorgen, dass schneller jüngere Kommissare zur

Kriminalpolizei kommen, um die hohe Altersstruktur zu verbessern. Bei dem „Programm Spezialisten zu Polizisten“ wollen wir eine Weiterentwicklung, wozu für uns auch eine entsprechende Werbekampagne gehört, um direkt beim Einstieg in das Studium auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass man sich schnell nach dem einheitlichen Studium spezialisieren kann.

Ein Jahr Wach- und Wechseldienst ist aus unserer Sicht für eine Tätigkeit bei der Kriminalpolizei nicht erforderlich. Das zeigen insbesondere die Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen, wo junge Kommissare direkt in die Kri-

minalpolizei gehen können. Dort liegen die Aufklärungsquoten in beiden Bundesländern knapp 10 Prozent über der Aufklärungsquote von NRW.

Wir haben immer gesagt, dass wir eine sachgerechte Politik machen wollen, um problematische Situationen beziehungsweise Zustände zu verbessern. Und bei unserer Kriminalpolizei ist die Lage aufgrund der zunehmenden Belastungen kritisch. Das hat insbesondere auch die Anhörung gezeigt. Deshalb unser Antrag.

Für Fragen oder Diskussionen zu unserem Antrag stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. ■

Personalräteschulung in Kalkar

Die zurückliegenden Personalratswahlen dieses Jahres haben dazu geführt, dass zahlreiche Kolleginnen und Kollegen erstmals ein Mandat für den örtlichen Personalrat erhalten haben. Um ihnen das notwendige rechtliche Rüstzeug und den praktischen Umgang damit zu vermitteln, veranstaltete die DPoIG NRW im Businesscenter Kalkar Anfang November eine Personalräteschulung – weitere Schulungen werden folgen.

Anfang November begaben sich zahlreiche Mitglieder der DPoIG NRW aus unterschiedlichsten Kreispolizeibehörden nach Kalkar. Allen gemein war, dass sie bei der vergangenen Personalratswahl in die örtlichen Personalräte ihrer Behörden gewählt wurden. Auf sie warteten zwei Tage vollgepackt mit theoretischen Inhalten und praktischen Übungen zum Thema „Landespersonalvertretungsrecht“.

Als Dozenten konnte die DPoIG NRW erneut Hans-Jürgen Schnieber gewinnen. Herr Schnieber ist ausgewiesener Fachmann im Bereich des Landespersonalvertretungsrechts



> Zahlreiche Mitglieder örtlicher Personalräte erwarben in Kalkar das rechtliche Rüstzeug für ihre Tätigkeit.

und verfasste einen vielbeachteten Kommentar zum LPVG NRW.

Die Zielsetzung des Seminars bestand darin, dass die Teilnehmer die relevanten Grundlagen der gesetzlichen

Bestimmungen des LPVG kennen lernen. Dazu sollten sie die Anwendung der Bestimmungen in der Praxis systematisch erarbeiten und die rechtlichen Entscheidungs- und Beratungsgrundlagen in der täglichen Arbeit umsetzen können.

Am Ende sollten sie befähigt sein, die gesetzlichen Bestimmungen gezielt anwenden zu können.

Nach einer allgemeinen Einführung in das Personalvertretungsrecht wurden durch den Dozenten weitreichende Einblicke unter anderem in die Rechtsstellung des Personalrats und seiner einzelnen Mitglieder, die Geschäftsführung der Personalvertretung, die Teilnehmungsrechte und -möglichkeiten der Personalvertretung und das Verfahren bei Nicht-einigung gegeben.

Zu allen Bereichen wurden durch zahlreiche Fallbeispiele gute Grundlagen für Diskussionen geschaffen, von denen die Teilnehmer auch rege Gebrauch machten. Nach zwei Tagen verließen alle, um zahlreiche Informationen und praktische Anwendungstipps bereichert, zufrieden die Veranstaltung. ■

Jahreshauptversammlung des DPoIG Kreisverbandes Bochum

Der DPoIG-Kreisverband Bochum konnte erstmals seit Beginn der Pandemie eine Jahreshauptversammlung durchführen.

Die Kreisvorsitzende Kirsten Muscheid war froh, dass die Jahreshauptversammlung bei ansteigenden Corona-Infektionszahlen stattfinden konnte. Da der „Wettergott“ mitspielte, konnte die Kantine des Präsidiums dauerhaft gelüftet werden. Aufgrund zusätzlich bereitgestellten Masken und Desinfektionsmittel, bestanden keine Bedenken hinsichtlich der sicheren Durchführung der Versammlung.

Die Mitglieder schienen Präsenzveranstaltungen zu vermissen, denn der Veranstaltungssaal war bis zum letzten Platz gefüllt. Das freute insbesondere Kirsten Muscheid, die neben zahlreichen Mitgliedern sowohl den Behördenleiter des PP Bochum, Jörg Lukat, als auch den Vorsitzenden des Landesverbandes der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, begrüßen konnte.

Jörg Lukat hob in seiner Ansprache hervor, wie wichtig ihm als Behördenleiter das ehrenamtliche Engagement der Gewerkschaftsmitglieder ist. Im Hinblick auf das PP Bochum machte er sehr deutlich, dass ihm nach wie vor insbesondere der Personalmangel Sorgen bereitet. Daneben gab der Polizeipräsident Einblicke in die Zielrichtung der derzeit im PP Bochum durchgeführten Supervisionsveranstaltungen. Hier werden besonders belastete Arbeitsbereiche der Behörde betrachtet.

Erich Rettinghaus berichtete umfangreich von der Gewerkschaftsarbeit auf Landesebene



Kirsten Muscheid (rechts) begrüßte den Polizeipräsidenten des PP Bochum, Jörg Lukat (links), und den Landesvorsitzenden der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, zur Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes Bochum.

ne. Ein Schwerpunkt bildete hierbei der Komplex der Tarifverhandlungen. Hier wies er auf zu erwartende Auseinandersetzungen hin, da derzeit keine Bewegungen seitens der Tarifgemeinschaft der Länder zu erkennen sind. Überdies referierte der Landesvorsitzende der DPoIG NRW ausführlich über die politische Lage in NRW.

Die Kreisvorsitzende berichtete ausführlich über die Aktivitäten des Kreisverbandes und freute sich über einen deutlichen Mitgliederzuwachs, welcher nicht zuletzt den finanziellen Handlungsspielraum des Kreisverbandes verbessert. Daher wurde im Kreisvorstand auch beschlossen, den Mitgliedern Weihnachtsgeschenke zu machen. Zudem sollen die beliebten Schoko-Adventskalender

beschafft und ein digitaler Adventskalender erneut an den Start gebracht werden.

Im Rahmen ihrer Ausführungen wies sie unter anderem nochmals auf die verheerende Flutkatastrophe und die Rolle der DPoIG-Stiftung hin. Hierbei hob sie hervor, dass die geleisteten Hilfen allen Opfern galten und keineswegs auf Mitglieder der DPoIG beschränkt waren.

Empörung über Berichterstattung zum Arbeitskampf

Unverständnis äußerte die Vorsitzende über die Berichterstattung in der WAZ bezüglich des Streiks an der Uniklinik. Die Überschrift „Streik an Unikliniken trotz angespannter Corona-Lage“ titulierte

sie wörtlich als „bekloppt“. Vielmehr müsse es heißen: „Wieso wird das wenige Klinikpersonal gezwungen, in Corona-Zeiten auch noch streiken zu müssen?“, denn das wäre nämlich die Wahrheit.

Die Berichterstattung zeige deutlich, dass die Journalisten offenbar die Situation nicht verstanden haben, führte Kirsten Muscheid weiter aus. Seitens des Kreisverbandes Bochum sei man jedenfalls bereit, weiter für verbesserte Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung zu kämpfen.

Am Ende bedankte sich Kirsten Muscheid sehr herzlich bei dem Pächter der Kantine für das leckere Essen und die freundliche Bedienung. Da der Betrieb durch den Corona-Lockdown erhebliche Einbußen hinnehmen musste, wollte man seitens des DPoIG KV Bochum mit der Durchführung der Jahreshauptversammlung auch einen Beitrag zur Unterstützung der Kantine leisten.

Vorstand einstimmig wiedergewählt

Nach erfolgter einstimmiger Entlastung wurde ein neuer Vorstand ins Amt gewählt. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder stellten sich zur Wiederwahl und konnten jeweils einstimmige Wahlergebnisse für sich verbuchen.

Nach rund drei Stunden wurde die Jahreshauptversammlung beendet und die Teilnehmer verließen sichtlich zufrieden die Kantine des PP Bochum. ■

Redaktionelles Kommunikation-Seminar der dbb akademie

Die Redakteurinnen und Redakteure des POLIZEISPIEGELS sowie Social-Media-Verantwortliche der DPoIG-Landesverbände trafen sich in Berlin zu einer dreitägigen Schulung – Schwerpunkt des Seminars war die Digitalisierung der Kommunikation.

Mitte November machten sich die Redakteure des POLIZEISPIEGELS der verschiedenen Landesverbände auf den Weg nach Berlin, um an einem Kommunikationsseminar der dbb akademie teilzunehmen. Hierbei folgten sie dem Ruf von Elisabeth Schnell (Redaktion POLIZEISPIEGEL Bund) und André Gudel (DPoIG LV Bremen), die sich als Seminarleiter für das Programm verantwortlich zeigten.

Die Auswahl der Dozentin sowie der Dozenten versprach ein ausgesprochen abwechslungsreiches Programm.

Kay Biewald eröffnete am ersten Veranstaltungstag mit einem Blick in die Welt der Social Media das Seminar. Der Redakteur des POLIZEISPIEGELS für den DPoIG Landesverband Berlin machte deutlich, welche herausragende Bedeutung die Kommunikation in digitalen Netzwerken



> Redakteure und Social-Media-Verantwortliche zahlreicher DPoIG Landesverbände folgten dem Ruf der dbb akademie, um sich in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu professionalisieren.

hat. Hierbei erläuterte er schwerpunktmäßig die zahlreichen Möglichkeiten, die das soziale Netzwerk Instagram bietet. Hier sah er mit Blick verschiedener Landesverbände der DPoIG durchaus Nachholbedarf in den entsprechenden Auftritten.

Der Auftakt war gut gewählt, denn der Schwerpunkt des diesjährigen Seminars lag in der Betrachtung des Wandels der Medienwelt durch Digitalisierung.

So wurde dann auch Joachim Lenders (1. stellvertretender DPoIG-Bundesvorsitzender), der als zweiter Dozent auf Kay Biewald folgte, mit zahlreichen Fragen zur Digitalstrategie des POLIZEISPIEGELS konfrontiert. Hierbei sicherte der Vertreter des DPoIG-Bundesverbandes zu, dass er die zahlreichen Fragen und Wünsche der Redakteure mit nach Berlin nehmen werde, um sie auf der Ebene des Bundesverbandes zu diskutieren. Ein Schwerpunkt der Diskussion bildete hierbei die Digitalisierung des POLIZEISPIEGELS, wobei deutlich wurde, dass die Bereitstellung von

PDF-Ausgaben keinesfalls ausreichend erscheint. Vielmehr bestand der Wunsch den POLIZEISPIEGEL als vollständige E-Paper-Ausgabe neben einem gedruckten Format vorzuhalten.

Der Redakteur des Landesteils NRW, Sascha Gerhardt, machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass hier zeitnah eine Strategie durch den Bundesverband erarbeitet werden müsse, um die Zukunftsfähigkeit des POLIZEISPIEGELS zu gewährleisten.

Mit Markus Haß eröffnete ein zweifacher Medienpreisgewinner den zweiten Veranstaltungstag. Der Reakteur des Landesverbandes Bayern, der zuvor als Fernsehjournalist (Schwerpunkt Polizeiberichterstattung im



> Der Chefredakteur des Behörden Spiegel, R. Uwe Proll (Bildmitte stehend), beschrieb den Teilnehmern wie das Unternehmen in der Coronapandemie zum Digitalunternehmen umstrukturiert wurde und hierdurch sogar Geschäftsfelder erschließen konnte.



Raum München) tätig war, berichtete über seine Arbeit als Journalist für ein Münchener Lokalfernsehen. Hier gab er zahlreiche Tipps und wichtige Informationen, die gerade im Hinblick auf die Social-Media-Berichterstattung bedeutsam sind.

Durch die Journalistin Beate Krol wurden die Teilnehmer wiederum ganz in den traditionellen Printbereich geführt. Die erfahrene Schreibtrainerin vermittelte zahlreiche Regeln, die Redakteure bei ihrem Wirken beachten sollten.



Am dritten Tag wurde es zum Abschluss noch einmal digital, denn der Chefredakteur des Behörden Spiegel, R. Uwe Proll,

erläuterte den Teilnehmern, wie er sein Unternehmen in der Corona-Zeit im Zeitraffer zu einem digitalen Unterneh-

men ausbaute und hierbei auch noch Geschäftsfelder erschloss, die zuvor überhaupt nicht im Fokus des Unternehmens standen.

Auch dieser Beitrag untermauerte die Bedeutung der Digitalisierung in der Wirtschaft und in der Gesellschaft allgemein. Der dbb und die DPoIG sollten sich hier sehr beweglich zeigen, wenn sie Schritt halten wollen, zog der Redakteur des Landesteils NRW, Sascha Gerhardt, eine inhaltliche Bilanz der Veranstaltung. ■

Offene Sitzung der Landesjugendleitung

Vom 19. bis 20. Oktober 2021 fand sich die Landesjugendleitung der Jungen Polizei, rund um Moritz Schuster (Landesjugendleiter), zu einer Sitzung im Hotel Mutterhaus in Düsseldorf ein. Im Rahmen der Sitzung wurden Ideen rund um den Themenkomplex der Mitgliederwerbung besprochen. Hierzu wurden Ziele und anstehende Projekte entwickelt.

„Es war eine sehr aufschlussreiche und interessante Sitzung. Besonders schön war

es, dass viele motivierte Teilnehmer aus verschiedenen Kreispolizeibehörden des Landes ihre Vorstellungen eingebracht haben“, äußerte sich Moritz Schuster sichtlich zufrieden mit der Veranstaltung.

Der Vorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, freute sich über das Engagement der jungen Kolleginnen und Kollegen und sicherte im Rahmen seines Grußwortes zu Beginn der Veranstaltung die volle Unterstützung der DPoIG NRW zu. ■



Der Landesvorsitzende Erich Rettinghaus (rechts) sicherte der Jugendorganisation der DPoIG die volle Unterstützung des Landesverbandes zu und wünschte der Tagung einen guten und erfolgreichen Verlauf.

TAUSCHPARTNER GESUCHT

Giovanni Ancora, Polizeikommissar (A 9) bei der Landespolizei Berlin, sucht aus familiären Gründen eine Tauschpartnerin/einen Tauschpartner, der aus Nordrhein-Westfalen zur Landespolizei Berlin wechseln möchte. Bei Interesse bitte an tauschberlin@outlook.com schreiben oder einfach über die Telefonnummer: **0173.1927260** melden.

Frohe Weihnachten

Die DPoIG NRW wünscht allen Kolleginnen und Kollegen eine schöne Adventszeit und fröhliche sowie friedliche Weihnachten und einen guten Rutsch in ein schönes, erfolgreiches, aber vor allem gesundes Jahr 2022.

© Gerhardt